

Abstimmung: PDG heißt Dekretentwurf gut - Zentrum für gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen kann starten

Jetzt fehlt nur noch der Name

Von Patrick Bildstein

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft (PDG) hat am Montagabend den Dekretentwurf über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen verabschiedet. Nur die beiden Vivant-Mandatare stimmten dagegen.



Die neue Einrichtung legt die drei Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren (PMS), den Dienst für Kind und Familie (DKF), die Gesundheitszentren, die Schulzahnpflege sowie die Ressourcen im Ministerium bezüglich der Förderung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zusammen. Das neue Zentrum, für das weiterhin ein definitiver Name gesucht wird, kann nach der Verabschiedung am Montagabend am 1. September an den Start gehen.

Am 20. Januar hatte das PDG ein Sonderdekret gutgeheißen, das das Zentrum als solches gegründet hatte. Es war erst das zweite Sonderdekret in der Geschichte der DG, das erste hatte sich mit der Autonomen Hochschule befasst.

Der gestern verabschiedete Dekretentwurf regelt die allgemeinen und spezifischen Aufgaben des Zentrums, das Dienstrecht inklusive Übergangsregelungen, die Finanzierung, das Qualitätsmanagement und den Datenschutz.

Das Hauptaugenmerk des Zentrums liegt auf der Kontinuität von Präventionsangeboten während der Lebensspanne von etwa „minus neun Monaten“ bis etwa 20 Jahren. Es soll eine gesunde körperliche, psychische und soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen gewährleisten und garantieren, dass es zu keiner Unterbrechung von Fördermöglichkeiten in den Übergangsphasen wie Schwangerschaft, Kleinkindzeit-Kindergarten, Kindergarten-Primarschule, Primarschule-Sekundarschule, Förderschule-Regelschule, Schule-Ausbildung und Ausbildung-Berufsleben kommt.

Das Zentrum, das keine therapeutische Einrichtung ist, wird eine zentrale Leitungsstelle und vier lokale Zweigstellen in Kelmis, Eupen, in der Nordeifel und in St.Vith umfassen. Die Zweigstellen werden jeweils von einem Zweigstellenleiter geleitet. Die in diesen Zweigstellen aktiven Personalmitglieder sind die direkten Ansprechpartner für das Zielpublikum. Die multidisziplinär aufgestellten Teams gewährleisten die aufsuchende Arbeit in den Schulen und Familien.

Die Regierung kann dem Zentrum punktuell neue Aufträge erteilen, der Aufgabenbereich darf allerdings nicht erweitert werden.

Ecolo hegt Bedenken wegen Schutzes persönlicher Daten.

Als zuständiger Minister dankte Oliver Paasch (ProDG) allen Parteien, die dem Projekt bzw. dem Sonderdekret zugestimmt hatten. Womit er alle, außer die Vivant-Bewegung, meinte. Paasch hob hervor, dass im Zuge der Schaffung des neuen Zentrums keineswegs Stellen abgebaut worden seien. Ganz im Gegenteil: Es seien achteinhalb Stellen hinzugekommen. Diese Meinung teilte Karl-Heinz Braun (Ecolo) allerdings nicht. „Das ist nur die halbe Wahrheit“, meinte der grüne Politiker. Das Zentrum habe ja auch viele neue Aufgaben erhalten. „Es stellt sich auch die Frage, ob neun Führungskräfte für ein Stellenkontingent von knapp 40 Vollzeitäquivalenten sinnvoll sind.“ Die Grünen hoben zudem Bedenken beim Datenschutz hervor und enthielten sich bei der Verabschiedung dieses Artikels ihrer Stimme. Braun bedauerte, dass man keinen Unterschied zwischen allgemeinen Daten zum Kind (Name, Adresse, Schule) und fallbezogenen Angaben mache. Braun sprach ebenfalls die Aufbewahrungsdauer der jeweiligen Akten zu den Kindern und Jugendlichen an. Ecolo habe zwar bewirken können, dass Daten unter gewissen Umständen schon beim Erreichen des 20. Lebensjahres (und nicht wie im Normalfall zum 25. Lebensjahr) gelöscht werden, dennoch enthielt sich Ecolo auch in diesem Punkt, der Gesamtheit stimmte die Partei zu. Positiv unterstrichen die Grünen, dass alle Mitarbeiter des Zentrums dem Berufsgeheimnis unterliegen. Das Berufsgeheimnis erhält übrigens über das Dekret Einzug in das Dienstrecht des Unterrichtswesens. Dieser Aspekt tritt aber erst später in Kraft, um dem Personal die Zeit zu geben, sich an die neuen Vorgaben zu gewöhnen. In diesem Zusammenhang erinnerte Braun an alle Mitarbeiter der zusammengelegten Einrichtungen, die sich weiterhin die Frage stellen, wie das konkrete Arbeiten in dem neuen Zentrum aussehen wird. „Sehr geehrte Herren Minister, nehmen Sie diese Sorgen der Personalmitglieder ernst.“

01.04.2014